

Freiburg Lebenswert

Unsere Leitlinien: Wofür wir stehen

Stadtbild – Bürgerbeteiligung – Lebensqualität – Bezahlbarer Wohnraum

Freiburg Lebenswert, das ist ein parteipolitisch unabhängiger Zusammenschluss aus engagierten Freiburger Bürgern aus allen Stadtteilen, Berufen oder Milieus.

Freiburg Lebenswert will sich aus Verantwortung für eine an den Bedürfnissen der Bevölkerung orientierten Stadtentwicklung in die demokratische Entscheidungsfindung einbringen und setzt sich neben den Themen Stadtbild, gestaltende Bürgerbeteiligung und Lebensqualität – auch für zukünftige Generationen – für den Erhalt und die Bereitstellung bezahlbaren Wohnraums für alle ein, insbesondere für die mittleren und unteren Einkommensschichten.

Wir setzen uns ein:

- Für den Erhalt von **Stadtbild** und Baukultur, gegen zügellose Nachverdichtung.
- Gegen Wachstumswahn und „Bauen auf Teufel komm raus“.
- Für einen konsensorientierten Perspektivplan zur zukünftigen Stadtentwicklung.
- Gegen eine Überlastung der Verkehrsinfrastruktur.
- Für den Erhalt von Frischluftschneisen des „Fünf-Finger-Plans“ und Abkühlflächen.
- Gegen eine Erwärmung des Stadtklimas.
- Für gestaltende **Bürgerbeteiligung** mit frühzeitiger Information, Transparenz und Ergebnisoffenheit.
- Für die Berücksichtigung bürgerschaftlicher Interessen, gegen eine Verzahnung von Verwaltung, Politik und Wirtschaft.
- Für die Unterstützung ehrenamtlicher Tätigkeiten und der sozial wichtigen Vereine.
- Für soziale Durchmischung und den Erhalt **bezahlbaren Wohnraums** für alle Einkommensschichten.
- Für die Förderung der sozialen Vielfalt in den Quartieren der Stadt.
- Für die Förderung der **Lebensqualität** in unserer Stadt.
- Für Lärmschutz und Berücksichtigung von Anwohnerinteressen.
- Für den Erhalt von Grünflächen und Schrebergärten im Stadtgebiet.
- Für den Erhalt und die Aufwertung von Wald- und Naherholungsgebieten.
- Für umweltschonende Landwirtschaft und den Erhalt der landwirtschaftlichen Flächen auf der Gemarkung Freiburg.
- Für Sportflächen, die vor allem dem Breitensport dienen.
- SC-Stadionneubau nur ohne Übernahme von Kostenrisiken und Folgekosten durch die Stadt Freiburg.

Stadtbild & Baukultur

Für den Erhalt von Stadtbild und Baukultur

Wir dürfen die Stadtentwicklung nicht allein den Interessen der Bauträger überlassen. Freiburg Lebenswert setzt sich deshalb für eine nachhaltige Bebauung ein, die z.B. durch Denkmal- und Ensemble-Schutz sowie Erhaltungssatzungen dem gewachsenen Stadtbild und den Eigenheiten der Stadtteile gerecht wird.

Wir wenden uns gegen eine rein profitorientierte Stadtentwicklung, die soziale und ökologische Aspekte vernachlässigt und die finanziellen Interessen einzelner Bauträger über die Belange der Bürger stellt. Fragen der Ästhetik und des Baustils sind zwar nicht quantifizierbar, müssen aber in gleicher Weise bei der Beurteilung von Bauvorgaben gelten wie messbare Abstände, Höhen, Klimawerte etc.

Wir plädieren mit allem Nachdruck für gute Architektur, die in unserer Stadt Identifikationspunkte für die Menschen schafft. Wir schließen uns der Forderung namhafter Architekten an, im Städtebau wieder Grundsätze zu entwickeln, die Schönheit und Funktion zusammenbringen. Die Stadt soll den Menschen, die in ihr wohnen, wieder zur Heimat werden.

Viele Experten und Bürger sind sich einig, dass die städtebauliche Entwicklung Freiburgs im Argen liegt. Je höher die Grundstückspreise, desto massiver und dichter werden die Häuser gebaut, desto mehr Grünflächen und Gärten werden unwiederbringlich vernichtet und desto mehr nimmt die Verkehrsbelastung zu.

Anstatt sensibel zu renovieren und zu restaurieren werden Altbauten abgebrochen, um wesentlich größeren Häusern Platz zu machen. Auf der Strecke bleiben so nicht nur die soziale Ausgewogenheit und der Naturschutz, sondern das Stadtbild als Ganzes und die Lebensqualität ihrer Bürger.

Wir fordern deshalb eine allgemeine Qualitätsdebatte über Baukultur in Freiburg, die nicht von der Stadtverwaltung vorgegeben wird, sondern im Respekt vor dem charakteristischen Stadtbild geführt wird, die Belange der Bürger vor Ort ausreichend einbezieht und für Architektorentwürfe entsprechende stilerhaltende Vorgaben erarbeitet.

Ausführliche Abhandlung siehe: [Stadtbild und Bauen \(PDF\)](#)

Als Ergänzung zum Thema Bauen siehe auch unser Statement zu: [Barrierefreies Bauen \(PDF\)](#).

Für die Alternativ-Lösung in Günterstal

In Bezug auf die in Günterstal geplante Staumauer als Regenrückhaltebecken unterstützt Freiburg Lebenswert den Vorschlag des Ortbeirats Güntertal, statt einer 15 m hohen Staumauer, eine größere Anzahl kleinerer Rückhaltebecken zu bauen, auch wenn dies eine kostspieligere Lösung ist.

Alle Simulationen verdeutlichen, welche verheerende Auswirkungen die Staumauer für das Landschaftsbild haben würde: Ein hoher Wall würde die Sicht in das Bohreratal deutlich einschränken. Autos könnten über den Damm nicht mehr fahren; die Straße zum Schauinsland müsste Richtung Osten an den Waldrand verlegt werden. Dafür müssten auch Bäume gefällt und ein kleines Haus abgerissen werden. Auch die Planungen für den Radweg nach Horben wäre betroffen. Zudem würde die Kaltluftzufuhr durch den Damm stark eingeschränkt. Dies alles spricht für die bereits vorliegende Alternativ-Lösung mehrerer kleinerer Becken im Hinterland.

Baupolitik

Gegen zügellose Nachverdichtung

Die Politik der Nachverdichtung und des Bauens ohne Rücksicht auf das Stadtbild und die Gegebenheiten in den Stadtteilen führte zu massivem Flächenverbrauch, Zersiedelung, Verlust von Grünflächen und alter Bausubstanz. Dörfer und Städte wuchsen zu einem monotonen Siedlungsbrei zusammen, billige und klobige Architektur führte zu einheitlichen, auswechselbaren Stadtbildern.

Wir fordern deshalb einen Stopp überdimensionierter Bebauung im gesamten Stadtgebiet, sowie den Verzicht auf eine weitere Bebauung der besonders schützenswerten Hanglagen. Neue Bebauung muss auf echte Baulücken beschränkt werden. Dadurch wird die Renovierung der vorhandenen Bausubstanz naturgemäß gefördert.

Die Grenzen der Nachverdichtung sind erreicht. Die Bürger fordern ein Umdenken. Vergleichbare Städte wie Konstanz, Tübingen und Heidelberg sind hier schon weiter. Die überzogene Freiburger Politik der Innenverdichtung muss korrigiert werden.

So liest man in einer 2005 erschienenen Veröffentlichung des Deutschen Nationalkomitees für Denkmalschutz ein Zitat von Dieter Wieland: „Nicht die Veränderung an sich ist es, die deprimiert. Die gab es immer, wo etwas lebendig ist. Sondern es ist der Abstieg ins Grelle und Banale, der Verlust an Gestalt, an Geschmack und Qualität. Dass Ramsch zur Norm wird. Dass unser Lebensraum immer etwas schäbiger geworden ist“.

Wir benötigen eine Lobby für Bürgerinteressen im Stadtrat, die sich gegen zügellose Nachverdichtung wehrt und den Bau-Wildwuchs eindämmt – Freiburg Lebenswert.

Stadtentwicklung

Für einen konsensorientierten Perspektivplan zur zukünftigen Stadtentwicklung

Schon im März 2013 zitierte die lokale Presse den Stadtplaner Roland Jerusalem mit der Aussage, dass es keine Gesamtstrategie für die Entwicklung Freiburgs gebe.

Diese Kritik wird von Freiburg Lebenswert geteilt: Es fehlt eine Gesamtstrategie für die Stadt-, Wohnraum- und Freiflächenentwicklung in Freiburg. Deshalb fehlt Berechenbarkeit. Und deshalb erfolgt jeden Morgen der ängstliche Blick in die BZ: Wen trifft es heute? Wo wird der bislang freie Innenhof nachverdichtet, wo wird ein Erholungsgebiet abgewertet, welche Frischluftschneise abgeschnitten oder wo wird direkt neben einem Wohngebiet das SC-Stadion gebaut?

Die dann betroffenen Anwohner geraten in Panik, gründen eine Bürgerinitiative und sammeln Unterschriften. Die sich nicht betroffen fühlenden Bürger halten so lange still, bis sie plötzlich selbst zu Betroffenen werden und dann schnell erkennen, dass das Argument des St.-Florians-Prinzips eher scheinheilig ist. Wer es gebraucht, ist selbst auch nicht frei von Interessen und hat auch nicht automatisch das Gemeinwohl im Sinn.

Die Stadtverwaltung beklagt immer wieder, dass es keine konfliktfreien Flächen mehr gibt. Aber schuld daran ist sie zum größten Teil selbst. Wäre schon Jahre vorher mit den Bürgern abgestimmt und kommuniziert worden, wohin die Reise geht, wären die Konflikte weniger intensiv. Und jahrelange Fehlentwicklungen wie z.B. wie die Konzentration auf das wohnkostentreibende Konzept der Innenentwicklung oder der Verzicht der öffentlichen Hand, in eigener Verantwortung sozialen Wohnungsbau zu betreiben, wären vermutlich auch schneller erkannt und korrigiert worden.

Freiburg Lebenswert wird sich deshalb im Gemeinderat bei der zukünftigen Stadtentwicklung gegen kurzfristige Ad-Hoc Entscheidungen und für die Aufstellung eines langfristigen Perspektivplans einsetzen, letzteres unter gestaltender Beteiligung der Bürger.

Klima & Frischluft

Für den Erhalt von Frischluftschneisen des „Fünf-Finger-Plans“ und Abkühlflächen

Die südliche Lage Freiburgs in einer „Badewanne“ und die gegenüber dem Umland höhere Lufttemperatur in Freiburg (städtische Wärmeinsel) erzeugen in den Sommermonaten zunehmend extreme Wärmebelastungen. Hitze mindert die Leistungsfähigkeit und Lebensqualität und ist ein Risikofaktor für die Gesundheit!

Bereits bei mäßiger Wärmebelastung steigen die Todesfälle. Gefährdet sind insbesondere Ältere, Schwangere, Kleinkinder und kranke Menschen. So starben während der Hitzewelle 2003 allein in Baden-Württemberg über 2000 Menschen mehr als in vergleichbaren Zeiträumen früherer Jahre. Tropische Sommer wie 2003 (Freiburg 40,2° C) werden ab 2050 für jedes Jahr prognostiziert.

Freiburg genießt mit dem „Höllentäler“ das Privileg eines lokalen Windsystems, der bei wolkenarmen Wetterlagen nachts für eine Abkühlung der östlichen und zentralen Stadtteile sorgt. Allerdings erreicht der „Höllentäler“ nicht die nordwestlichen und nordöstlichen Stadtgebiete, die bezüglich der nächtlichen Durchlüftung benachteiligt sind, was ein erhöhtes Risikopotential für die Gesundheit der Bevölkerung darstellt. Betroffen ist auch die Uni-Klinik.

Die Stadt Freiburg hat deshalb aufgrund wissenschaftlicher Erkenntnisse von Meteorologen im Landschaftsschutzplan 2020 den sog. Fünf-Finger-Plan entwickelt, der Luftleitbahnen und Kaltluftentstehungsgebiete definiert, die unbedingt von der Bebauung freizuhalten sind. Auf diese Weise soll sichergestellt werden, dass sich auch die nordöstlich und nordwestlich gelegenen Stadtteile abkühlen können. Vor dem Hintergrund der globalen Klimaerwärmung und des demographischen Wandels darf keine Bebauung und Versiegelung dieser stadtklimatisch relevanten Bereiche zugelassen werden, auch wenn sie aus ökonomischen Gründen noch so verlockend wäre. Da es für Klima leider keine gesetzlichen Grenzwerte gibt, ist die Stadtplanung und Politik gefordert.

Freiburg Lebenswert setzt sich dafür ein, dass die verbliebenen innerstädtischen Freiflächen nicht mehr bebaut werden. Die Neugestaltung von großen Plätzen in der Innenstadt muss klimatologisch optimiert werden, damit die Aufheizung der Innenstadt nicht weiter zunimmt.

Lesen Sie ausführlich zu diesen Themen den Beitrag von Prof. Gerd Jendritzky zur [Umweltmeteorologie \(PDF\)](#).

Grünflächen

Für den Erhalt von Grünflächen und Schrebergärten im Stadtgebiet

Kleingärten sind grüne Oasen in der Stadt. Sie dienen nicht nur der Selbstversorgung mit Gemüse und Obst, sondern auch der Freizeitgestaltung und Erholung der Stadtbewohner. Durch die nachbarschaftlichen Kontakte erfüllen die Gärten auch eine wichtige soziale Funktion. Sie fördern die Integration unserer ausländischen Mitbürger, die die Bewirtschaftung von Gärten oft noch aus ihrer ehemaligen Heimat kennen.

Viele Gärtner pflegen ihre Gärten über Jahrzehnte oder gar Generationen. Sie sind ihr zweites Zuhause. Was diese Gärten daher nicht sind: eine Manövriermasse von Stadtverwaltung, Gemeinderat und Investoren, um deren Wünsche nach Baugebieten zu erfüllen. Freiburg Lebenswert setzt sich daher für den Erhalt aller Kleingärten ein!

Es gibt einen engen Zusammenhang zwischen Art und Dichte einer Bebauung und dem gesellschaftlichen Miteinander. Je enger und höher gebaut wird, je mehr Grünflächen verloren gehen, desto schwieriger wird das Zusammenleben.

Wir beklagen, dass unsere Kinder und Jugendlichen sich zu viel mit Smartphone, PC und Fernseher beschäftigen. Das, was der etwas älteren Generation als Kindern noch vergönnt war, nämlich das unbeschwertere Spiel auf der Straße, in den Hinterhöfen oder auf unbebauten Grundstücken, ist heute kaum mehr möglich.

Wenn wir unseren Kindern Bewegung verschaffen wollen, fahren wir nach draußen ins Grüne oder stecken sie in Vereine, wo sie in geregelten Strukturen versorgt sind. Freiräume, sich selbst aktiv auszuprobieren und dabei auch die eigenen Grenzen zu erfahren, werden immer weniger.

Wo schaffen wir für unsere Kinder und Jugendlichen Räume, in denen sie sich unbeobachtet treffen und ihre Freizeit verbringen können? Freiburg Lebenswert setzt sich für mehr Frei- und Bewegungsräume der Kinder und Jugendlichen ein.

Wohnungspolitik

Für Soziale Durchmischung und den Erhalt bezahlbaren Wohnraums für alle Einkommenschichten

Aufgrund hoher Grundstückspreise und hoher Baukosten wird durch „Bauen auf Teufel komm raus“ vornehmlich hochpreisiger Wohnraum geschaffen, aber kaum bezahlbarer Wohnraum für untere und mittlere Einkommenschichten. Als Folge wird Freiburg zunehmend von Gutverdienern bewohnt, während Familien und untere Einkommenschichten ins Umland verdrängt werden (Gentrifizierung). Verstärkt wird dieser Effekt durch Abriss oder die Modernisierungen vorhandenen, bezahlbareren Wohnraums, der durch teuren Wohnraum ersetzt

wird. Nur durch eine neue Wohnungspolitik – auch unter Einbeziehung der Umlandgemeinden – und durch erhebliche städtische Transferleistungen kann in Freiburg auf Dauer bezahlbarer Wohnraum erhalten bleiben. Freiburg Lebenswert sieht die Notwendigkeit für Ausgaben und Investitionen in Höhe eines zweistelligen Millionenbetrags für die Wohnungspolitik, vornehmlich für die Reduzierung der von der Stadt beeinflussbaren Grundstückspreise, für die Umorientierung der städtischen Wohnbaugesellschaft FSB sowie für Infrastrukturverbesserungen im Umland.

Wo liegen die Missstände der heutigen Wohnungspolitik?

Entgegen allgemeinem Empfinden wird am Freiburger Wohnungsmarkt der Mietpreis für Neubauwohnungen nicht durch Angebot und Nachfrage, sondern im Wesentlichen durch die Kostenmiete bestimmt. Dies gilt weil – anders als z.B. im Gewerbeimmobilienmarkt – kein Überschuss an Wohnungen in Freiburg besteht. Dabei ist die Kostenmiete der Preis, bei dem es sich für den Vermieter gerade noch lohnt, neuen Wohnraum zu bauen und zu vermieten. Die Kostenmiete ist aber mittlerweile bereits so hoch, dass sie für viele Einkommensschichten kaum noch bezahlbar ist. Ursache dafür sind u.a. hohe Grundstückspreise, steigende energetische Auflagen und durch die hohe Nachfrage nach Bauleistungen überdurchschnittlich gestiegenen Baukosten.

Mit „Bauen auf Teufel komm raus“ wird folglich zwar ein Mehr an Wohnraum, aber entgegen landläufiger Meinung kein Mehr an bezahlbarem Wohnraum geschaffen. Es entsteht im Gegenteil eher hochpreisiger Wohnraum und vermehrt Luxuswohnraum.

Hinzu kommt, dass der aktuell noch vorhandene bezahlbare Wohnraum in Freiburg zunehmend durch Abriss oder Modernisierung vernichtet und durch teuren Wohnraum ersetzt wird. Nach einer Modernisierung müssen viele Mieter ihre Wohnung verlassen, weil sie die erhöhten Mieten nicht mehr zahlen können.

Beide Tendenzen, also die hohen Mieten aufgrund hoher Neubaukosten und die Vernichtung bezahlbaren Wohnraums durch Abriss oder Modernisierung führen dazu, dass weniger einkommensstarke Bevölkerungsschichten sowie inzwischen auch durchschnittlich verdienende Familien sich die Stadtlage in Freiburg nicht mehr leisten können und in das Umland der Stadt ziehen müssen. Der durch Neubau oder Modernisierung entstehende hohe Quadratmeterpreis schafft wirtschaftliche Mauern, die für viele ein Leben im Stadtbereich von Freiburg zunehmend unerschwinglich macht.

Dieser Effekt ist unter dem Namen „Verdrängung“ oder „Gentrifizierung“ bekannt und führt dazu, dass die soziale Durchmischung der Städte und Stadtteile verloren geht und tendenziell nur noch wohlhabende Menschen in den Städten leben können.

Beschleunigt wird dieser Effekt dadurch, dass Freiburg annähernd doppelt so schnell wächst wie jede andere Großstadt in Baden-Württemberg. Es ist empirisch bewiesen, dass die Mieten umso schneller steigen, je schneller eine Stadt wächst. Und je schneller eine Stadt wächst, umso interessanter wird sie für Kapitalanleger und Bauträger, die lukrative Bauprojekte mit sicheren und langfristig steigenden Mieterträgen suchen.

Der Bau eines neuen Stadtteils ist aus den beschriebenen Gründen keine Lösung für die Bereitstellung bezahlbaren Wohnraums. So gehören die ehemals neuen Stadtteile Vauban und Rieselfeld laut Mietspiegel heute zu den teuersten Stadtteilen in Freiburg, teurer als die Stadtteile Wiehre oder Herdern. Im Übrigen würde der neue Stadtteil aufgrund der immens langen Vorlaufzeiten eines solchen Großprojektes erst dann zur Verfügung stehen, wenn er aufgrund der absehbaren demographischen Entwicklung kaum noch benötigt wird.

Welche Vorschläge hat FL zur Lösung des wohnungspolitischen Problems?

Eine Wohnungspolitik, die die soziale Durchmischung und die Bereitstellung bezahlbaren Wohnraums für alle Einkommensschichten zum Ziel hat, muss deshalb intelligentere Wege finden, als nur zu wachsen und plump „auf Teufel komm raus“ zu bauen. Dazu gehört auch, die derzeitig aktiv betriebene Stadtvermarktung – mit dem Ziel möglichst viele Neubürger nach Freiburg zu locken – auf das Maß herunterzufahren, das die Stadt unter dem Aspekt bezahlbarer Mieten nachhaltig verkraften kann.

Für den aktuell bestehenden Bedarf müssen vorhandene Bauflächen zeitnah – und nicht erst in 10 oder 15 Jahren – dem Wohnungsmarkt zugeführt werden. Dies kann durch eine Erweiterung bestehender Bau- und Wohngebiete mit vorhandener Infrastruktur geschehen sowie teilweise auch durch eine maßvolle und stadtbilderhaltende Innenentwicklung. Vorhandener, bezahlbarer Wohnraum muss erhalten bleiben.

Zudem müssen Wege gefunden werden, auch die Umlandgemeinden in die Bewältigung des Bevölkerungswachstums in der Region Freiburg einzubeziehen. Dazu gehört der Ausbau des öffentlichen Nahverkehrs in das Umland von Freiburg sowie die Verbesserung der Infrastruktur in den Umlandgemeinden, wie z.B. die Bereitstellung eines ausreichenden Angebots von weiterführenden Schulen in diesen Gemeinden.

Um der Verdrängung bzw. Gentrifizierung im Stadtgebiet entgegenzuwirken, müssen wir an den zentralen Stellschrauben dieser Entwicklung ansetzen. Dies braucht eine erhebliche finanzielle Beteiligung aus dem Freiburger Finanzhaushalt.

1. Hohe öffentliche Grundstückspreise können z.B. dadurch reduziert werden, dass man die Erschließungskosten für neues Bauland nicht auf den Grundstückspreis umlegt, sondern über die Gemeinschaft aus Steuermitteln finanziert.
2. Städtische Grundstücke dürfen – wenn überhaupt – nicht mehr an den Meistbietenden verkauft werden, sondern müssen unter Bürgerbeteiligung nach sozialen und städtebaulich sinnvollen Kriterien vergeben werden, wie das z.B. in Hamburg, Tübingen, Berlin, Jena oder Stuttgart praktiziert wird. Die daraus entstehenden Ertragsverluste (in Stuttgart z.B. 20 Millionen Euro) stellen Investitionen für bezahlbaren Wohnraum und damit für die Zukunft der Stadt dar und werden langfristig mehr einbringen als sie kosten.
3. Änderungen an Bebauungsplänen, die zu einer Aufwertung privater Grundstücke führen, sollten nur dann genehmigt werden, wenn damit ausschließlich sozial ausgerichtete Bauträger wie z.B. städt. Baugesellschaften, Baugenossenschaften oder Baugemeinschaften zum Zuge kommen und dauerhaft bezahlbarer Wohnraum für die unteren und mittleren Einkommensschichten errichtet werden. Im Falle des Briemann-Areals hätte dieser Leitsatz dazu geführt, dass die Stadt die Fläche gekauft und unter Hinnahme eines wirtschaftlichen Verlusts einer städtebaulich sinnvollen Verwendung zugeführt hätte. Stattdessen wurde das Gelände einer in Bezug auf Stadtbild und Stadtentwicklung unakzeptablen Verwertung durch einen freien Bauträger überlassen.
4. Eine besondere Rolle muss der städtischen Wohnungsbaugesellschaft Freiburger Stadtbau GmbH (FSB) zugewiesen werden. Der bislang praktizierte Kurs einer Renditeoptimierung muss grundlegend geändert und durch eine massiv an den sozialen Bedürfnissen der mittleren und unteren Einkommen orientierte Wohnraumbereitstellung ersetzt werden. Dies betrifft sowohl die Mietpreisgestaltung im Bestand und für Neubauten, als auch Mietpreisanpassungen nach

Renovierung von Bestandswohnungen. Entstehende Unterdeckungen müssen durch Zuschüsse seitens der Stadtkasse gedeckt werden.

5. Eine Haushaltssanierung oder Ertragsverbesserung durch den Verkauf städtischer Wohnungen oder ein Verkauf der FSB selbst (wie im Jahre 2006 durch die Stadtverwaltung vorgeschlagen und glücklicherweise durch einen Bürgerentscheid verhindert), muss in jedem Fall unterbleiben.

Im Gegensatz zur von Bauträgern und Investoren getriebenen Leitdevise „Bauen auf Teufel komm raus“ schaffen die oben genannten wohnungspolitischen Grundsätze tatsächlich ein Mehr an bezahlbarem Wohnraum. Die Bereitstellung bezahlbaren Wohnraums, die Förderung der sozialen Durchmischung und die Bekämpfung von Verdrängung bzw. Gentrifizierung sind oberste Aufgabe von Stadtpolitik. Dies wird die Stadtkasse erhebliche Summen kosten, die sich über die nächsten Jahre auf einen zweistelligen Millionenbetrag aufsummieren werden. In den großen Städten Hamburg und Köln werden dafür jährlich sogar Beträge bis ca. 100 Mio. Euro investiert. Diese Investitionen sind aber wichtig sowohl für eine glaubwürdige Politik in der Gegenwart als auch aus der Verantwortung gegenüber zukünftigen Generationen.

Wachstumswahn

Gegen Wachstumswahn und “Bauen auf Teufel komm raus”

Die Nachfrage nach zusätzlichem Wohnraum kann – so wird zumindest immer wieder behauptet - nur durch die Ausweisung neuer Baugebiete oder durch Nachverdichtung in den bestehenden Stadtteilen gestillt werden.

Beides hat Nachteile: Neue Baugebiete führen zu einem Flächenverbrauch im Umland, die Nachverdichtung im Bestand hingegen führt zu einem Verlust innerstädtischer Freiflächen, die für das Mikroklima (Erwärmung und Durchlüftung), das Stadtbild sowie für ein attraktives und erholsames Leben in der Stadt unverzichtbar sind.

Die Erfahrung in Freiburg lehrt, dass im Zuge der Nachverdichtung fast immer günstiger durch teureren Wohnraum ersetzt wird. Aus diesen Gründen lehnt Freiburg Lebenswert eine Fortsetzung der Nachverdichtung in Freiburg ab.

Angesichts stagnierender und langfristig sinkender Einwohnerzahlen im Land lautet die Frage letztlich aber auch nicht: Neue Baugebiete oder Nachverdichtung? Das politisch motivierte Bestreben, möglichst viele Bürger nach Freiburg zu locken und damit sowohl weiter entfernte als auch umliegende Regionen zu entvölkern, ist ein Fehler im System.

Schon in einer Entfernung von weniger als 30 km von Freiburg kämpfen Kommunen und Gemeinden aktiv gegen die Folgen dieser Urbanisierung. Wenn sich Freiburg mit übertriebenem Standortmarketing als die attraktivste Stadt im Ländle positioniert, geschieht das auf Kosten anderer. Aber auch die Freiburger selbst leiden zunehmend durch das rasante Wachstum unter der Verschlechterung ihrer Wohn- und Lebensqualität.

Bürgerbeteiligung

Für gestaltende Bürgerbeteiligung. Für echte Dialoge. Für mehr Teilhabe.

In 60 Jahren hat sich die Demokratie in unserem Land entwickelt. Die Bürger wollen sich heute auch zwischen den Wahlen in die Politik einmischen. Sie verlangen nach aktiver Beteiligung bei Sachfragen. Gestaltende Bürgerbeteiligung mit echten Dialogen braucht es dazu, aber auch mehr Stimmrechte. Dafür setzt sich Freiburg Lebenswert ein.

Bürgerbeteiligung ist als Aushängeschild allgegenwärtig. Runde Tische vermehren sich und Dialoge werden überall angeblich „auf Augenhöhe“ geführt. Scheinbar hat sich Bürgerbeteiligung bereits durchgesetzt. Vorsicht! In der Praxis ist nicht alles echte Bürgerbeteiligung, was sich so nennt. Es ist manchmal so wie bei Pfirsichen vom Discounter. Sie sehen aus wie Pfirsiche, schmecken aber wie fade Gurken.

Es gibt immer wieder Projekte von großer Bedeutung, die einen Keil in die Bürgerschaft treiben können. Hier fordert FL den Gemeinderat auf, von seinem Recht Gebrauch zu machen, selbst einen Bürgerentscheid einzuleiten. Das Recht, durch Bürgerbegehren Abstimmungen von unten einzuleiten, gibt es schon. Auf dem Papier. Es kommt aber selten zur Anwendung, weil die Hürden zu hoch sind.

Wir haben in Freiburg viele Bürgerinitiativen. Das ist erfreulich. Gleichzeitig ist dies aber auch Ausdruck großen Unmutes. Die Bürgerschaft muss ein praktikables Recht auf wirksame Bürgerbeteiligung bekommen. Wie in Heidelberg. Dort sind Bürgerbeteiligungsrechte in einer Satzung verankert. Eine Vorhabenliste informiert die Öffentlichkeit frühzeitig. Das fordern wir auch für Freiburg.

Schließlich brauchen wir wieder Vertrauen zwischen allen Beteiligten der Kommunalpolitik. Das ist nur mit Transparenz und Ergebnisoffenheit möglich. Dann wird die Demokratie lebendiger und die Qualität der Ergebnisse besser.

Ausführliche Abhandlung siehe: [“Bürgerbeteiligung und -mitbestimmung”](#)

Anwohnerschutz

Für Lärmschutz und Berücksichtigung von Anwohnerinteressen

Lärm wird von vielen Menschen als große Belastung wahrgenommen. Eine andauernde Lärmbelastung, ganz besonders auch nachts, führt zu Stress und Gesundheitsstörungen. Selbst wenn subjektiv eine „Gewöhnung“ empfunden wird, kann Lärm das Risiko für Bluthochdruck, Herzinfarkt, Schlaganfall, Schlafstörungen und Depressionen erhöhen.

Das Leben auf engem Raum in einer Großstadt wie Freiburg erfordert deshalb eine gegenseitige Rücksichtnahme aller Bevölkerungsgruppen untereinander sowie ein sensibles Lärm- und Emissionsmanagement von Stadtverwaltung, Gastronomie- und Industriebetrieben, aber auch Sportvereinen und Festveranstaltern.

Diese Rücksichtnahme erfordert oft einen höheren Aufwand bei der Durchführung von Stadtentwicklungsmaßnahmen, bei der Auswahl von Standorten, bei der behördlichen Genehmigungspraxis und bei der Organisation von Veranstaltungen. Dieser Aufwand ist aber

notwendig, um auf Dauer ein konfliktfreies und positives Zusammenleben in der Stadt zu ermöglichen.

Bei der Auswahl von Party- und Eventstandorten sind die geänderten Ausgegessenheiten in der Gesellschaft zu berücksichtigen. Veranstaltungen oder Lokalitäten, die länger als bis 24:00 Uhr oder gar bis 3:00 oder 5:00 Uhr in Betrieb sind, dürfen zu keiner Beeinträchtigung der Nachtruhe führen. Gegebenenfalls sind ordnungsrechtliche, bauliche und technische Maßnahmen anzuordnen, damit Konflikte vermieden werden.

Damit die Innenstadt von Freiburg nicht ihre Wohnbevölkerung verliert, ist dort, wo die gegenseitige Rücksichtnahme nicht gegeben ist, der Einsatz von kommunalen Ordnungskräften notwendig, die notfalls auch noch spät in der Nacht tätig werden müssen.

Verkehr

Für eine undogmatische, bürgernahe Verkehrspolitik

Der städtische Verkehr in Freiburg hat verschiedene Aspekte, die wesentlich verbessert werden müssen. Dies ist ein Anliegen der Liste Freiburg Lebenswert. Dabei sollen alle Verkehrsarten gleichwertig, undogmatisch und bürgernah berücksichtigt werden.

Fußgänger sind das schwächste Glied unter den Verkehrsteilnehmern und bedürfen besonderer Rücksichtnahme. Die Anzahl älterer Personen wird zunehmen, ebenfalls die Anzahl der Personen, die sich nur mit Gehstock, Rollator oder Rollstuhl fortbewegen können. Wir wollen, dass bei Verkehrsplanungen auf diese Personen mehr Rücksicht genommen wird durch entsprechende Ausgestaltung der Gehwege, Fußgängerbereiche und Fahrbahnübergänge.

Der **Radverkehr** soll und wird zunehmen. Allerdings reichen die vorgesehenen Investitionen bei weitem nicht aus, wenn z.B. kostspielige Prestigebauten, wie die Rampe Haslacher Straße, finanziert werden, die angesichts noch fehlender Trassenabschnitte keine Priorität hatten. Wir halten den Ausbau, aber auch die Unterhaltung eines sicheren Radwegesystems für vordringlich, auch unter dem Aspekt der Zunahme von E-Bikern.

Das **Straßenbahnnetz** sollte planmäßig erweitert werden, um künftig auch andere Stadtteile besser mit der Kernstadt zu verbinden: St. Georgen (ca. 11.700 Einwohner) über die Munzingerstrasse, aber auch die Stadtteile am Tuniberg (12.700 Einwohner) über Opfingen (Verlängerung vom Rieselfeld). Dort könnte eine P+R-Anlage etwa 20.000 Einwohner bedienen. Der Augenblick ist günstig, da durch den Ausbau der Güterbahn alle Brücken neu errichtet werden müssen.

Zum **PKW-Verkehr**: In Freiburg ist die Anzahl moderner Kreisverkehre gering. Es gibt zu viele Ampelanlagen, die entweder völlig entfallen oder durch Umgestaltung zu Kreisverkehren mit besserer Verkehrsführung ohne größere Betriebskosten gemacht werden können.

Auch beim Verkehr gilt das Motto: Gute Planung unter gestaltender Beteiligung der Bürger ist der bessere Weg.

Ausführliche Abhandlung siehe: [“Verkehr in Freiburg” \(PDF\)](#)

Stadt-Gesundheit

Freiburg ist eine der am stärksten wachsenden Städte Deutschlands. Die hohe Attraktivität hat ihren Preis: Leben in der Stadt erhöht das Krankheitsrisiko! Lärm, Hitze, Feinstaub und Stress in einer verdichteten Stadt sind Belastungen für die Gesundheit der Stadtbewohner.

Dazu einige Fakten:

Hitze:

Freiburg ist die wärmste Stadt Deutschlands. Die südliche Lage, umgeben von Höhenzügen, sorgt für ein so starkes Aufheizen in den Sommermonaten, dass es als unangenehm empfunden wird, die Leistungsfähigkeit mindert und gesundheitsgefährdend ist. In der Stadt ist die Temperatur höher als im Umland. Die Intensität der „Wärme-Insel“ nimmt mit der Größe der Stadt zu. Das Stadtklima wird auch vom globalen Klimawandel bestimmt. Meteorologen warnen vor regelmäßigen Hitzewellen wie zuletzt 2003, als in Freiburg 40,2° C gemessen wurden. Damals starben in Baden-Württemberg über 2000 Menschen an den Hitzefolgen. Die Außentemperatur lässt sich vom Einzelnen kaum beeinflussen. Entscheidend für das Wohlbefinden sind jedoch Durchlüftung und Sonneneinstrahlung. Unter einem Baum bzw. in einem Park fühlen sich 30° angenehm an, in einer Straßenschlucht oder auf einem Asphaltplatz unerträglich. Frischluftschneisen, Grünzonen und Wasser („green and blue“) sind städteplanerische Maßnahmen zur Verbesserung des Stadtklimas. Hier müssen wir von südlichen Regionen lernen.

Feinstaub:

So schlimm wie in Peking wird es in Freiburg hoffentlich nie werden. Doch Lärm und Smogbelastung sind auch bei uns Risikofaktoren. Die Luftverschmutzung führt nicht nur zu einem Anstieg von Lungenerkrankungen, sondern auch von Herzinfarkt und Schlaganfall. Kinder sind besonders gefährdet für Allergien. Je kleiner die Partikel, umso tiefer können sie in den Körper eindringen. Ein Schwellenwert, unterhalb dessen keine Gefahr besteht, existiert nicht. Bei Hitze steigt die Feinstaubbelastung.

Lärm macht krank!

Er schwächt das Immunsystem, schädigt Herz-Kreislauf und setzt Körper und Geist unter Stress. Besonders nachts! Ab 55 Dezibel, was einem normalen Gespräch entspricht, wird der Schlaf gestört. Bei Dauerbelastung steigt das Herzinfarkt-Risiko. Erstaunlicherweise gilt das auch, wenn einen der Lärm gar nicht bewusst stört. Neben Verkehrslärm findet zunehmend Freizeitlärm Beachtung: Menschen reagieren besonders empfindlich auf Sprachlärm. Freiburg ist eine lebendige, offene Stadt. Die Innenstadt muss aber bewohnbar bleiben.

Stressbedingte Erkrankungen:

Städter haben ein erhöhtes Risiko, psychisch zu erkranken. Die Wahrscheinlichkeit, depressiv zu werden, ist 40% höher als auf dem Land. Der Städter ist stressanfälliger als Menschen, die auf dem Land aufgewachsen sind oder leben: Wissenschaftler haben nachgewiesen, dass der sog. Mandelkern (Amygdala) umso aktiver ist, je größer die Stadt, in der die Menschen leben. Diese Hirnregion ist verantwortlich für die Bewertung von Gefahren und Entstehung von Angst. Als Ursache von erhöhtem Stress werden Lärm, Hitze, Mangel an Grün und frischer Luft sowie belastende Arbeitsbedingungen und Mangel an sozialer Unterstützung vermutet.

Die Stadtplanung muss gesundheitschützend sein:

Um die Stadt in Zeiten des Klimawandels gesund zu gestalten, müssen Stadtplaner eng mit Umweltexperten und Ärzten zusammenarbeiten:

- Die Frischluftschneisen schützen gegen Hitze und helfen, die Luft rein zu halten.
- Gleiche Wirkung haben schattenspendende Bäume und Wasserflächen.
- Die Hänge müssen frei gehalten werden, der Boden darf nicht weiter versiegelt werden.
- Schädliche Lärmquellen wie Verkehrslärm und nächtliche Ruhestörung sind einzugrenzen.

Der Reichtum einer Stadt hängt heutzutage vor allem an ihrer Lebensqualität. Was wäre Manhattan ohne den Central Park – wie viele zusätzliche Wohnungen in Hochhäusern ließen sich dort bauen? In den schnell wachsenden Metropolen Asiens, Lateinamerikas und Afrikas wirft die Umweltzerstörung heute gewaltige auch wirtschaftliche Probleme auf. Freiburg sieht sich als „Green City“ und „Healthy City“. Dieses Kapital ist schnell verspielt, wenn kurzsichtigem Gewinnstreben freier Lauf gelassen wird.

Naherholungsgebiete

Für den Erhalt und die Aufwertung von Wald- und Naherholungsgebieten

Städtische Grünflächen und Erholungsgebiete sind für die Lebensqualität, die Gesundheit und für das Stadtklima wichtig. Besonders in einer nachverdichteten Stadt muss auf eine gute Balance zwischen Freiflächen und Bebauung geachtet werden.

Mit der dichten Bebauung und dem kontinuierlichen Wachstum von Freiburg steigt die Bedeutung und Wichtigkeit der innerstädtischen Naherholungsgebiete. Sie müssen Allen im täglichen Leben und in der Nähe zur Verfügung stehen. Kinder und Jugendliche brauchen sichere, natürliche und gut erreichbare Freiräume. Menschen, die in ihrer Mobilität eingeschränkt sind, benötigen gut zugängliche Erholungsräume, die für alle frei verfügbar sind. Kurze Wege vermeiden Verkehr.

Naherholungsgebiete sind unverzichtbar als Ausgleich für Stress, Lärm und Hektik in der Stadt. Eine britische Forschergruppe konnte wissenschaftlich nachweisen, dass in Zeiten, in denen Menschen näher an Grünflächen leben, ihre psychische Gesundheit und Zufriedenheit höher ist als in Jahren, in denen sie hauptsächlich von Gebäuden umgeben sind.

Allerdings sind in Freiburg schon heute die meisten Erholungsgebiete am Rande Ihrer Kapazität. Gegenwärtige Nachverdichtungsprojekte erhöhen die Nachfrage und den Druck auf die Erholungsflächen weiter. Nicht akzeptabel ist z.B. eine Abwertung vorhandener Erholungsgebiete und Grünflächen durch Umwidmung als Fläche für lärmintensive oder rasenzerstörende Sportarten.

Freiburg Lebenswert setzt sich dafür ein, bestehende Erholungsgebiete zu schützen, aufzuwerten und auch neue Gebiete stadtnah auszuweisen.

Wirtschaft & Finanzen

Oberstes Ziel im Bereich Wirtschaft und Finanzen ist auch für Freiburg Lebenswert die **Haushaltskonsolidierung**. Jeder Euro der nicht für Zinsen ausgegeben werden muss, erhöht den Handlungsspielraum einer Gemeinde. Das Verlagern der Finanzprobleme und Schulden auf unsere Kinder und weitere Generationen ist unverantwortlich und zeugt von mangelnder Verantwortung.

Freiburg Lebenswert ist strikt gegen jegliche finanzielle Beteiligung der Stadt (auch in Form von Bürgschaften) am Bau eines neuen **SC-Stadions**, solange beispielsweise wegen fehlenden Geldes Schulen, Gemeindestraßen oder das Freibad im Westen der Stadt nicht saniert werden können. Ein Prestigeobjekt auf Kosten des Steuerzahlers lehnt Freiburg Lebenswert ab.

In guten Zeiten gilt es, **Schulden** zu tilgen, und nicht Begehrlichkeiten zu wecken, schon gar nicht bei einem Schuldenstand von derzeit 230 Millionen Euro in Freiburg. Schulden sollten nur kurzfristig, begrenzt, ganz gezielt und in wirklichen Ausnahmesituationen (z.B. zur Schaffung von bezahlbarem Wohnraum durch die Stadtbau) aufgenommen werden.

Die Ausgabenkultur der Stadtverwaltung sollte sich nicht an den gewünschten Gewerbesteuereinnahmen orientieren, sondern umgekehrt. Es sollte nur das ausgegeben werden, was tatsächlich zu Verfügung steht. Die **Gewerbesteuer** ist so hoch wie nirgends in der Region. Die Begründung, andere Großstädte hätten auch so hohe Gewerbesteuersätze, halten wir für sehr zweifelhaft, da Freiburg nicht mit Industriestandorten wie Stuttgart verglichen werden kann.

Auch wir sprechen uns gegen die sogenannte „Betten- oder **Übernachtungssteuer**“ aus, die Hotels, Pensionen, Gaststätten, Tagungshäuser und private Anbieter von Übernachtungs-Zimmern zwingt, mit einem erheblichen bürokratischen Aufwand Zusatzeinnahmen für die Gemeinde einzutreiben – zumal es fraglich ist, ob diese Zusatzsteuer für Übernachtungen rechtlich zulässig ist.

Es tut unserer Meinung nach der wirtschaftlichen Entwicklung Freiburgs nicht gut, einseitig konzentriert im Bereich der Universität, Institute und Verwaltungen neue **Arbeitsplätze** zu schaffen, wie dies derzeit geschieht. Auch industrielle und verarbeitende Betriebe und deren Arbeitsplätze sind wichtig für die Bevölkerungsstruktur der Stadt.

Freiburg Lebenswert wendet sich dagegen, die Lizenz für ein mögliches öffentlich zugängliches, **freies WLAN** an eine kommerzielle Werbe-Firma zu vergeben. Wenn überhaupt sollte dies seitens der Gemeinde oder in Zusammenarbeit mit dem bereits existierenden WLAN der Universität geschehen.

Zu hohe Anforderungen an **energetische Sanierungen** sind nicht sinnvoll, da sie sich meist nicht rechnen (Wirtschaftlichkeit tritt, wenn überhaupt, erst nach vielen Jahrzehnten ein). Vor allem bei schlecht gebauten Niedrigenergiehäusern ist dies der Fall. Außerdem wird durch zu hohe energetische Anforderungen die Hürde für Sanierungen unnötig erhöht. Freiburg Lebenswert plädiert deshalb dafür, zum Erhalt von bezahlbarem Wohnraum in Altbauten auf hohe Auflagen in Bezug auf energetische Sanierung zu verzichten (vgl. dazu auch unser Programm zu „Stadtbild und Bauen“).

Bei allem Einsatz für den Erhalt des Stadtbildes und der Lebensqualität in Freiburg, sind wir für eine ortsbildgerechte, auf Anwohnerinteressen Rücksicht nehmende und **maßvolle Stadtentwicklung** innen wie an den Rändern. Die Schaffung von Wohnraum an geeigneter Stelle und im richtigen Maß ist notwendig. Großflächige zusätzliche Versiegelungen innerhalb des Stadtgebiets stehen einer ausdrücklich maßvollen Baupolitik aber entgegen.

Wir halten außerdem den Erhalt von Naturschutz-Flächen sowie landwirtschaftlicher Flächen im Stadtgebiet für dringend geboten und lehnen Enteignungen zur Ausweisung neuer Gewerbe- und Wohngebiete entschieden ab. Wir treten außerdem für eine **umweltschonende Landwirtschaft** ein, dies namentlich auf der Gemarkung Freiburg (vgl. dazu unser Programm zu „Landwirtschaft“). Generell wenden wir uns gegen Gen-Technik und genmanipulierte Pflanzen als Nahrung für Tiere und Menschen.

Außerdem möchten wir die **(Stadtteil-)Märkte** als Absatzmarkt für stadtnah erzeugte landwirtschaftliche Produkte – aber auch als Begegnungsstätten in den Quartieren – weiter stärken und fördern. Bei der Belieferung dieser Märkte in der Stadt können sich beispielsweise landwirtschaftliche Bio-Produkte aus der nächsten Umgebung der Stadt als attraktive Marke entwickeln.

Ganz allgemein bekennt sich Freiburg Lebenswert zur **sozialen Marktwirtschaft** der Bundesrepublik, die das Prinzip der Freiheit des Marktes mit dem des sozialen Ausgleichs verbindet und wendet sich gegen Bestrebungen, die einem dieser zwei Prinzipien ein einseitiges Übergewicht einräumen möchte. Somit kritisieren wir einerseits die absolute Autonomie der Märkte und der Finanzspekulation und fordern eine Rückkehr von bestimmten Teilen der Wirtschaft und des Finanzlebens zu einer Ethik zugunsten des Menschen. Ebenso kritisieren wir andererseits alle planwirtschaftlichen Auswüchse staatlicher Umverteilungs-Theorien, die die Kräfte der Wirtschaft und Steuerzahler überstrapaziert und dem Willen zur Eigeninitiative, zu Unternehmens-Investitionen und damit auch der Schaffung von Arbeitsplätzen entgegen wirken.

Landwirtschaft

Für umweltschonende Landwirtschaft

Wir treten für eine umweltschonende Landwirtschaft ein, dies namentlich auf der Gemarkung Freiburg, weil hier der Gemeinderat Einfluss nehmen kann (Die Stadt ist Eigentümerin landwirtschaftlich genutzter Flächen). Eine umwelt-schonende Landwirtschaft bedeutet bodenschonende Methoden im Wein- und Obstbau, aber auch im Ackerbau sowie in der Grünlandbewirtschaftung einzuführen und weiter zu entwickeln.

Bodenschonend bedeutet den Erhalt eines lebendigen Bodens durch Förderung der biologischen Aktivität und Unterstützung seiner natürlichen Funktionen durch Mulchen und beispielsweise Gründüngung. Durch Fruchtfolge wird der Humusaufbau gefördert und chemisch-synthetische Dünger können weitgehend reduziert werden.

Ebenfalls sollte auf Pestizide soweit wie möglich verzichtet und stattdessen auf mechanische Unkrautregulierung zurückgegriffen werden. Als Folge bodenschonenden Wirtschaftens wird auch die Belastung des Grundwassers durch Schadstoffe reduziert.

Dabei können Landwirte eine aktive Rolle im Umwelt- und Naturschutz übernehmen und mit dafür Sorge tragen, dass auf unseren Böden eine Artenvielfalt möglich ist. Hierzu gehört insbesondere auch eine Abkehr von Monokulturen, die – wie wir immer wieder erfahren müssen – boden- aber auch artenschädlich sind (Bienensterben durch Pestizide usw.).

Gerade weil Agrarlandschaften große Flächen einnehmen, kommt ihnen eine besondere Bedeutung für den Schutz der Umwelt sowie der Kulturlandschaft zu. Dies wollen wir dadurch unterstützen, dass Landwirte, die eine umweltschonende Landwirtschaft betreiben oder betreiben wollen, günstigere Pachtverträge mit der Stadt abschließen können.

Zudem sind Landwirtschaftliche Flächen in Stadtnähe ein hohes Gut, auch als Erfahrung und Erlebnis für Kinder (Stichwort: „Bauernhoftiere für Stadtkinder“) wie auch für Erwachsene. Ebenso bei der Belieferung der (Stadtteil-)Märkte in der Stadt könnten sich beispielsweise landwirtschaftliche Bio-Produkte aus nächster Umgebung der Stadt als attraktive Marke entwickeln.

Ausführliche Abhandlung siehe: [Landwirtschaft \(PDF-Datei\)](#)

Sportflächen

Für Sportflächen, die vor allem dem Breitensport dienen

Die Förderung der sportlichen Betätigung von Jung und Alt ist ein wichtiger Bereich städtischer Politik. Insbesondere ehrenamtlich tätige Sportvereine und Initiativen bedürfen aktiver Unterstützung in Form von öffentlichen Geldern, durch Bereitstellung geeigneter Flächen und durch Ausstattung mit moderner Sport-Infrastruktur.

Dabei sollten alle Sportarten bedarfsgerecht berücksichtigt werden. Beispielweise gibt es Kinder, Jugendliche und Erwachsene, die vielleicht keine begnadeten Fußballer sind, die aber vielleicht durch andere, eventuell weniger populäre Sportarten für Bewegung begeistert werden können.

Daneben ist auch die Bereitstellung öffentlicher Sportangebote wie z.B. Hallen- und Freibäder zu unterstützen und auszubauen. Mit Blick auf die Bevölkerungsdichte der westlichen Stadtteile fordert Freiburg Lebenswert deshalb die Wiedereröffnung des Freibads West.

Einladende, kostenfrei zugängliche Angebote für Jung und Alt wie Bolzplätze, Skateranlagen, aber auch Bewegungsparcours für Ältere („Seniorenspielplätze“) sind in Zeiten des demografischen Wandels und zunehmendem Stress durch Verdichtung und modernem Lebenswandel wichtig.

Freiburg Lebenswert ist für einen Ausbau von öffentlichen Sportflächen, lehnt aber eine Umwidmung von vorhandenen Erholungs- und Grünflächen als Sportflächen für lärm- und abnutzungsintensive Sportarten ab.

Die Förderung des gewinnorientierten Profi-Sports mag in bestimmten Grenzen ebenfalls sinnvoll sein. Dies muss aber -schon aus subventionsrechtlichen Gründen- dem Vergleich mit den Kriterien standhalten, nach denen auch andere Wirtschaftsbetriebe in Freiburg gefördert werden.

In jedem Fall sollten Investitionen und Subventionen für den Profi-Sport nicht mehr als 10% dessen betragen, was im gleichen Zeitraum für den Breitensport in Freiburg investiert wird.

SC-Stadion

SC-Stadionneubau nur ohne Übernahme von Kostenrisiken und Folgekosten durch die Stadt Freiburg

Der SC Freiburg hat deutschlandweit den Ruf ein etwas anderer, ein sympathischer Verein zu sein. Dies hängt sicher zum Einen mit dem Umstand zusammen, dass die Vereinsführung sich nie dazu hat verleiten lassen, Schulden zu machen, um attraktive Spieler einzukaufen, sondern stattdessen eine solide finanzielle Grundlage zur obersten Maxime erhoben hat. Und trotz dieser Beschränkung hat es der SCF geschafft – von kurzen Ausflügen in die zweite Liga abgesehen – sich mit meist erfrischendem Fußballspiel in der ersten Liga zu behaupten. Zum Zweiten war der SCF immer ein Familienverein, weil durch die relativ gute Anbindung an den ÖPNV und aufgrund recht kurzer Rad- und Fußwege es auch Eltern mit ihren Kindern erlaubt ist, sich zum Stadion aufzumachen.

Durch die Forderung nach einem neuen Stadionstandort droht dem SC nun ein Imageschaden, da er sich mit dieser Forderung in die Großmannssucht-Fantasien anderer Fußballvereine einreihen würde. Insbesondere „Umfragen“, die aufgrund ihrer suggestiven Fragestellung eine breite Zustimmung zu einem neuen Stadionstandort signalisieren sollen, sind dem Ansehen des Vereins kaum förderlich.

Die momentane Stadion-Situation des SC Freiburg ist sicher alles andere als optimal. Insbesondere die leichte Neigung und die etwas zu geringe Länge des Spielfelds erfordern Ausnahme-genehmigungen des Spielbetriebs durch die Deutsche Fußball Liga (DFL), die der SCF allerdings auch in Zukunft erhalten wird. Andererseits wurden in den letzten 25 Jahren viele Millionen DM bzw. Euro in das Stadion investiert, um die Zuschauerkapazitäten zu erhöhen, insgesamt etwa 18 Mio. € Es verwundert, dass die Nachteile bei dieser Gelegenheit nicht mit beseitigt wurden! Ebenso hat man die Tribünen scheinbar wahllos und unzusammenhängend erstellt. Auch hier wurden sie nicht so konzipiert, dass sie im Endausbau ein Stadion aus einem Guss darstellen – mit genügend Platz für VIP-Bereiche ebenso wie für die Kamerastandorte, mit zufriedenstellenden Verköstigungs- wie Sanitärbereichen. Stattdessen hat man nun eine unschöne, beengte, aber doch auch „gemütliche“ „Vereinigte-Tribünen-Werke“-Situation, die natürlich keinen Ästheten zufriedenstellen kann.

Insofern ist zwar verständlich, dass man seitens des SCF eine neue Situation herbeiführen will, in der all diese Nachteile beseitigt sind. Das Problem ist jedoch, dass alle aus Sicht des SCF geeigneten Standorte im Westen der Stadt liegen. In allen Fällen muss wertvolles landwirtschaftliches Gelände oder ökologisch erhaltenswerter Magerrasen wie auf dem Flugplatz in Anspruch genommen werden. Hinzu kommt, dass bei der Bevölkerung im Westen der Stadt der allzu berechtigte Eindruck vorherrscht, dass alle Belastungen den Bewohnern im Westen der Stadt aufgebürdet werden. Sei es die unsägliche Bebauung im weiteren Umfeld der Berliner Allee, die durch nicht ausgeübte Stadtplanung ermöglicht wurde, die Lärmemissionen und Flächenzerschneidungen durch das dritte und vierte Gleis der Bahn, der Autobahn und ihrer Zubringer, sowie der Westrandstraße, die Belastungen durch den motorisierten Flugbetrieb, die Planung neuer Baugebiete oder gar Stadtteile auf den Freiflächen jenseits der Westrandstraße und gigantischer Universitätsneubauten auf dem Flugplatz, die Platzierung riesiger Möbelhäuser entlang der Möbelmeile, sowie der Messe mit all ihren Begleiterscheinungen – und jetzt noch die im Zusammenhang mit dem Bau eines Stadions zu erwartenden Zumutungen. Im Gegenzug wurden den Weststadtbewohnern ihre kleinen Lebensqualitäten wie beispielsweise der Außenbereich des Westbades genommen.

Freiburg Lebenswert sieht sich daher solidarisch mit dem Anliegen der Weststadtbewohner, ein SC-Stadion im Westen der Stadt zu verhindern. Viele Argumente für einen Stadion-Neubau entpuppen sich nach Meinung von Freiburg Lebenswert bei genauerem Hinsehen als nicht stichhaltig:

Angesichts der Tatsache, dass das jetzige Stadion meist nur dann ausverkauft ist, wenn Bayern München aufläuft, ist eine Kapazitätserweiterung durchaus fragwürdig. Selbst bei Auftritten inter-nationaler Gastmannschaften blieben viele Sitzplätze leer. Dabei ist für eine gute Stimmung ein nahezu oder gänzlich ausverkauftes Stadion unabdingbar. Ebenso sind VIP-Logen für Firmen nicht mehr so interessant, seit die Ausgaben nicht mehr in dem Maße steuerlich geltend gemacht werden können wie früher.

Die als K.O.-Argument angeführte fehlende Wirtschaftlichkeit eines Umbaus am bisherigen Standort gilt genauso für den Abriss des bestehenden Stadions und eines Neubaus im Westen. Auch hier ist keine Wirtschaftlichkeit zu erwarten, sondern ein Bau nur durch massive öffentliche Subventionen von Stadt und Land möglich. Bereits jetzt scheint klar zu sein, dass

sich eine Beteiligung der Stadt im mindestens zweistelligen Millionenbereich bewegen müsste. Es stellt sich ohnehin die Frage nach der Vereinbarkeit mit geltendem EU-Recht, nach dem solche Subventionen oder auch Bürgschaften der öffentlichen Hand verboten sind. Angesichts der enormen zusätzlichen Kosten für die Straßen- und ÖPNV-Anbindung des Stadions bezweifelt Freiburg Lebenswert, dass ein Stadion im Westen der Stadt überhaupt preisgünstiger zu erstellen ist als ein Umbau am jetzigen Standort.

Die von Seiten der SCF-Verantwortlichen immer wieder ins Spiel gebrachten hohen Steuerabgaben des SCF in Millionenhöhe, aus denen man sich ein Recht auf ein neues Stadion offensichtlich ableitet, sind billige Effekthascherei. Mit diesem Argument könnte jeder Industrie- und Gewerbebetrieb, sogar jeder Privatmann in Freiburg ähnliche Forderungen für sich geltend machen. Die wirtschaftliche Bedeutung des SCF ist nicht größer als die vieler anderer Betriebe in Freiburg.

Ebenso ist die von SCF und Stadt immer wieder hervorgehobene „Systemrelevanz“ des SCF für Freiburg keinesfalls gegeben. Argumente, dass der SCF wichtig für die Attraktivität Freiburgs sei, laufen ins Leere. Denn Freiburg ist ja heute schon so attraktiv, dass es die Folgen dieser Attraktivität kaum mehr verkraftet (z.B. massiver Wohnungsmangel). Es gibt somit keine Notwendigkeit, Gelder in die weitere Erhöhung der Attraktivität Freiburgs zu stecken.

Freiburg Lebenswert unterstützt den SCF in seinem Bemühen um ein attraktiveres Stadion. Allerdings muss sich diese Suche am Konsens aller Beteiligten orientieren. Angesichts der Nichteignung des Standortes Wolfswinkel und der Ungeschicklichkeiten der Stadtspitze und der SC-Verantwortlichen gegenüber den betroffenen Bürgern im Westen der Stadt, scheint ein solcher Konsens dort auf längere Sicht nicht möglich.

Freiburg Lebenswert ist strikt gegen jegliche finanzielle Beteiligung der Stadt am Bau des Stadions, solange beispielsweise wegen fehlenden Geldes Wohnstraßen oder das Freibad im Westen der Stadt nicht saniert werden können. Ein Prestigeobjekt auf Kosten des Steuerzahlers lehnt Freiburg Lebenswert ab.

Stand: 05. 05. 2014

Viele weitere Informationen finden Sie unter:

www.freiburg-lebenswert.de